

Hellwig, Fritz

Article — Digitized Version

## Sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Kohle

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hellwig, Fritz (1967) : Sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Kohle, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 6, pp. 279-287

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133723>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Kohle

Interview mit Dr. Fritz Hellwig, Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, Luxemburg

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Herr Dr. Hellwig, ein wichtiges Datum für die Energiepolitik ist die voraussichtliche Nachfrageentwicklung. Wie wird sich der Energiebedarf in den nächsten Jahren entwickeln?

**HELLWIG:** Ich möchte bei der Beantwortung dieser Frage zwischen dem gesamten Energieverbrauch und der Verschiebung, die innerhalb des gesamten Energieverbrauchs zugunsten der Form der Elektrizität stattfindet, unterscheiden. Die Nachfrage nach Elektrizität verdoppelt sich etwa in einem Zeitraum von 10 Jahren. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 7,2 %. In der unmittelbar vor uns liegenden Zeit dürfte die Nachfrage nach elektrischem Strom sogar noch stärker wachsen. Der Gesamtenergieverbrauch dagegen ist in den vergangenen Jahren um jährlich etwa 5 % gestiegen. Wir erwarten eine solche Steigerung auch für die nächsten Jahre, wenngleich nicht übersehen werden kann, daß hier eine gewisse Verlangsamung eingetreten ist, die der Verlangsamung des konjunkturellen Wachstums entspricht. In absoluten Zahlen wird der Gesamtenergiebedarf von 660 Mill. t Steinkohle-Einheiten (SKE) im Jahre 1965/66 auf 740 Mill. t SKE im Jahre 1970 und 1,1 Mrd. t SKE im Jahre 1980 steigen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Mit welchen Anteilen werden die verschiedenen Primärenergieträger an der Deckung des Gesamtenergiebedarfs der Montanunionsländer beteiligt sein?

**HELLWIG:** Die Verschiebung zugunsten der jüngeren Primärenergieträger wird sich weiter fortsetzen. Die Substitution der Steinkohle hält als weltweiter Prozeß an. Sie ist in den kohlearmen Ländern naturgemäß schneller; aber auch in den kohleproduzierenden Ländern wie in Frankreich und Deutschland ist die Spitzenstellung der Kohle in der Deckung des Energiebedarfs verlorengegangen. Die prozentualen Anteile der einzelnen Primärenergieträger an der Deckung des Energiebedarfs der EGKS stellen sich wie folgt dar:

	1950	1960	1965	1970	1980
Braunkohle	8	7	6	5	4
Steinkohle	74	53	38	27-32	73-66
Erdöl	10	27	45	54-49	
Erdgas	0	3	3	7	12-15
Wasserkraft	7	9	8	1	8-11
Kernenergie					

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wie wird sich die Nachfrage in den einzel-

nen Nachfragebereichen — Kraftwerke, Stahlindustrie, übrige Industrie, Haushalte — entwickeln, und welche Verschiebungen zwischen den Primärenergieträgern sind zu erwarten?

**HELLWIG:** Ich erwähnte schon, daß innerhalb des gesamten Energieverbrauchs eine Konzentration auf die Form der elektrischen Energie stattfindet. Das wird bedeuten, daß jene Primärenergieträger, die besonders für die Speisung der Kraftwerke geeignet sind, eine gewisse sichere Zukunft haben. Diese gewisse Sicherheit gilt auch für die Steinkohle, die in Kraftwerken verfeuert wird. Wenn wir von der Elektrizitätswirtschaft aber erwarten, daß sie in großem Umfang die Absatzsicherung der Steinkohle, und zwar der schlechtesten, der Ballastkohle nämlich, übernimmt, so ist das nur möglich und zumut-

### FRITZ HELLWIG

ist seit September 1959 Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Sein Wirkungsbereich wird nach der Fusion der Exekutiven von EGKS, EWG und Euratom noch vergrößert: Vom 1. Juli dieses Jahres an wird er der gemeinsamen Exekutive der drei europäischen Gemeinschaften angehören. Hellwig wurde 1912 in Saarbrücken geboren. An den Universitäten Marburg, Wien, Berlin und Heidelberg studierte er Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaftslehre. 1933 promovierte er zum Dr. phil., drei Jahre später habilitierte er sich. Nach Tätigkeiten in Organisationen der gewerblichen Wirtschaft und als Wirtschaftsberater war Hellwig von 1951 bis 1959 Direktor des Deutschen Industrieinstituts in Köln. Von 1953 bis 1959 gehörte Hellwig dem Deutschen Bundestag an, in dessen Ausschuß für Wirtschaftspolitik er drei Jahre lang den Vorsitz führte. Von 1953 bis 1956 war er Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats und 1959 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Das Interview führten Dietrich Keschull und Ernst Niemeier.

bar, wenn der Elektrizitätswirtschaft erstens eine Mischung der verschiedenen Primärenergieträger zur Verfügung steht; denn sie muß auch auf die billigeren Energiequellen (Wasserkraft, Braunkohle, Öl und demnächst auch Atomenergie) ausweichen können, um zu einer einigermaßen erträglichen Kostenmischung zu kommen. Die Entwicklung des Kraftwerksbaus begünstigt dieses Bestreben. Die Wärmekraftwerke werden heute mit bivalenter Feuerung gebaut, d. h. daß sozusagen mit einem Hebel von der Kohlen- auf die Ölfeuerung umgestellt werden kann. Die Elektrizitätswirtschaft muß zweitens in einem wesentlich größeren organisatorischen Verbund stehen, als es zur Zeit in der Bundesrepublik der Fall ist. Die Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft auf Staatsebene in Frankreich und Großbritannien läßt, ohne dabei die Frage der Eigentumsordnung aufzuwerfen, erkennen, um welches Maß der Konzentration es sich dabei handelt.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Herr Dr. Hellwig, Sie sprechen von einem gewissen sicheren Absatz der Steinkohle im Kraftwerksbereich. Offenbar ist dieser Absatz aber nur durch wirtschaftspolitische Stützung zu erreichen. Werden die Kraftwerke auf die Berücksichtigung der Steinkohle in ihrer Mischung der Primärenergieträger nicht gern verzichten, da gegenwärtig das Öl und später auch die Kernenergie wesentlich preiswerter zu beziehen sind?

**HELLWIG:** Nun ist der Absatz im Kraftwerksbereich nicht schematisch zu sehen. Die Kraftwerke kommen am besten auf ihre Rechnung, wenn sie alle Möglichkeiten der Kostendegression sowohl im Bereich der Anlagekosten wie vor allem auch im Bereich der Brennstoffkosten ausnutzen und ihre Erzeugungs- und Verteilungsanlagen mit möglichst hohem Nutzungsgrad betreiben können. Deshalb erfolgt die Bedienung des Spitzenbedarfs zu anderen (höheren) Preisen als die Bedienung des Grundbedarfs, der sog. Grundlast der Kraftwerke.

Die Flexibilität der Kraftwerke gegenüber unterschiedlicher Belastung in der Nachfrage ist sehr verschieden. Am flexibelsten ist zur Zeit das Wasserkraftwerk. Das thermische Kraftwerk hat diese Flexibilität bisher nicht. Wenn es einmal im Gang ist, fährt es in der kostengünstigsten Größenordnung, ob der Strom benötigt und verkauft wird oder nicht. Aus diesem Grund wird der Nachtstrom billiger abgegeben.

In der Skala der verschiedenen Erlösmöglichkeiten für Strom wäre mit Sicherheit auch für die Steinkohle genügend Platz, wenn ihre Kraftwerke den Betrieb noch flexibler gestalten und den Schwerpunkt ihrer Stromerzeugung mehr nach dem Mittel- und Spitzenlastbereich verlagern könnten. Denn man muß sich darüber klar sein, daß die Grundlast wahrscheinlich in stärkerem Umfang an die Kernkraftwerke gehen wird.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wenn der Spitzenbedarf einen relativ hohen Preis erzielt, so berechtigt das doch nicht dazu, diesen Spitzenbedarf zu relativ hohen Kosten — auf Steinkohlenbasis — zu erzeugen. Wäre es wirtschaftlich nicht viel zweckmäßiger, mögliche Kostensenkungen auszunutzen und entweder den Strompreis zu senken oder die erhöhten Gewinne für die weitere Entwicklung einzusetzen?

**HELLWIG:** Eine Erhöhung der Erzeugungskosten im Mittel- und Spitzenlastbereich tritt bei allen Kraftwerksarten ein, da ja die Anlagen zeitlich geringer ausgenutzt werden und damit die Festkosten stärker ins Gewicht fallen. Um eine Angleichung der Brennstoffeinsatzkosten an die Wettbewerbsenergien kommt man bei Steinkohle ohnehin nicht herum. Deshalb sehen die beiden Verstromungsgesetze in der Bundesrepublik finanzielle Hilfen zum Ausgleich dieses Kostennachteils vor.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Sie sind also der Meinung, daß die Steinkohle im Kraftwerksbereich eine sichere Absatzchance habe. Welche Mengen an Gemeinschaftskohle wurden in der EGKS in den Jahren 1965 und 1966, welche Mengen

werden voraussichtlich 1970 und 1980 abgesetzt werden?

**HELLWIG:** Die Wärmekraftwerke für sich genommen haben in den beiden vergangenen Jahren einen jährlichen Brennstoffverbrauch in der Größenordnung von 107 Mill. t SKE gehabt. Bis 1970 wird mit einem Anstieg auf 153 Mill. t SKE gerechnet. Die Steinkohle deckte davon im Jahre 1965 55 Mill. t SKE, während ihr Anteil für 1970 auf 66 bis 79 Mill. t SKE geschätzt wird, doch setzt die obere Grenze wohl noch weitere Hilfen für den Absatz von Gemeinschaftskohle voraus. Für 1965 läßt sich der Anteil der Importkohle aus Drittländern auf etwas über 5 Mill. t angeben. Für 1980 ist es noch nicht möglich, die Absatzchancen für Kohle stärker einzuzugrenzen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wie wird sich die Nachfrage in der Eisen- und Stahlindustrie entwickeln?

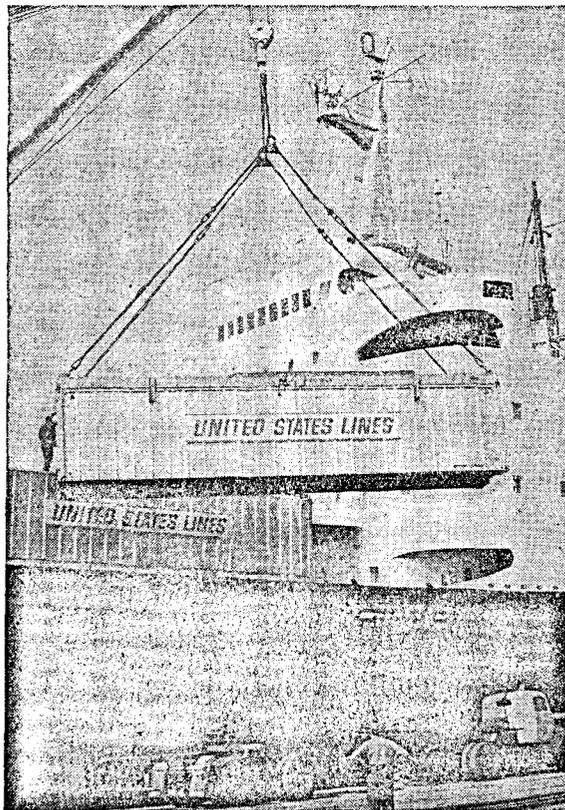
**HELLWIG:** Die Eisen- und Stahlindustrie ist der andere Sektor, der für die Absatzsicherung der Steinkohle von Bedeutung ist. Noch ist kein Verfahren erfunden, welches den Einsatz von Hochofenkoks zur Schmelzung von Eisenerz überflüssig machen würde. Alle neueren Entwicklungen — der sog. Niederschachtofen zum Schmelzen von Erz oder die neueste Entwicklung, auf Grund derer Eisenerz mit Öl geschmolzen wird — sind technisch zwar interessant; da es sich dabei aber um kleine Betriebsgrößen handelt, sind sie einstweilen für die Massenerzeugung nicht von durchschlagendem Erfolg. Die Massenerzeugung in den modernsten Hochöfen auf der Basis von Hochofenkoks ergibt derartige Mengen, daß die vielen kleineren technischen Einheiten, in denen der Reduktionsprozeß auf Ölbasis oder mit Kohlenstaubfeuerung oder mit elektrischem Strom oder in anderer Form erfolgt, in sehr großer Zahl erstellt werden müßten, um die Massenleistung eines einzigen Hochofens zu erbringen. Es kann hier natürlich eine technologische Fortentwicklung geben. Ich glaube auch, daß die Kernenergie in dieser Hinsicht zusätzliche Entwicklungen bringen wird. Aber diese Entwicklungen werden dann wohl zu einer

verbraucherorientierten Auflockerung der Standorte führen, und zwar speziell für besondere Stahlqualitäten, wie Edelstahl zum Beispiel. Aber einstweilen sehen wir, daß die Rolle des Hochofenkokes nicht ausgespielt ist.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Ist von der Stahlindustrie, deren Wachstum sich sehr verlangsamt hat, überhaupt ein zusätzlicher Nachfrageimpuls zu erwarten?

**HELLWIG:** Sie dürfen die Lage der Stahlindustrie nicht kurzfristig sehen. Die Zeitungen sind zwar voll von der Klage über die schlechte Marktlage beim Stahl; aber immerhin hat das 1. Quartal des Jahres 1967 für die gesamte Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine Rekordproduktion gebracht. Das Problem ist nicht so sehr eines der Quantitäten als vielmehr eines der Preise. Das Preisniveau ist durch die Besonder-

heiten des Wettbewerbs, die der Montanvertrag erzwingt, derartig gedrückt, daß bei optimaler Quantität eine äußerst unbefriedigende Erlössituation besteht. Aber wir erwarten eine weitere Steigerung der Stahlerzeugung der Gemeinschaft, die allerdings nicht eine adäquate Steigerung des Koksverbrauchs mit sich bringen wird, weil der Zuwachs an Stahlerzeugung wesentlich kompensiert wird durch den Zwang zur Senkung des spe-



## Schnelle Frachter - moderne Verpackung



In 8 Tagen Deutschland—USA mit den neuen schnellen Container-Linern der United States Lines. 20- und 40-Fuß-Container stehen für den Transport Pier—Haus und Haus zu Haus zur Verfügung. Keine langen Liegezeiten mehr im Hafen. Sicherer Schutz für die Ladung. Teure wetterfeste Verpackung der Kolli wird gespart. Spediteure und die United States Lines arbeiten gemeinsam im Nordatlantikverkehr.



**UNITED STATES LINES**  
*Container Service*



Hamburg: Telefon 321671 • Fernschreiber: 0212873 • Bremen: Telefon 310131-39 • Fernschreiber: 0244307

zifischen Koksverbrauchs. Gerade weil der Koksersatz so unausweichlich notwendig ist, haben sich die Bemühungen aller Techniker, einschließlich der Metallurgen und der Chemiker, darauf konzentriert, das Eisen mit einem Minimum von Koksersatz zu erzeugen. Und dieser spezifische Koksverbrauch im Hochofen ist von Jahr zu Jahr rückläufig. Der Koksverbrauch im Hochofen kann auch noch dadurch reduziert werden, daß Öl in gewissen Mengen in den Hochofen eingespritzt wird. Der Koks kann allerdings wegen seiner mechanischen Eigenschaften nicht vom Öl ersetzt werden. Wir erwarten deshalb eine gewisse Stagnation des Absatzes an die Stahlindustrie trotz weiterer Expansion der Stahlindustrie.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Welche Mengen an Gemeinschafts-Steinkohle sind 1965 und 1966 in der EGKS und in der BRD an die Stahlindustrie verkauft worden? Welche Mengen werden 1970 und 1980 abgesetzt werden?

**HELLWIG:** Sie fragen nach Zahlen, die in dieser Form aus der Statistik nicht abzulesen sind. Für 1965 haben wir jedoch den gesamten Koksverbrauch der EGKS-Stahlindustrien und seine Dekkung in Kohleäquivalenten errechnet: Er belief sich auf 66,3 Mill. t SKE, der mit 41,1 Mill. t SKE aus jeweils heimischer Koks-kohle, mit 15,2 Mill. t SKE aus importierter Gemeinschaftskohle und mit 10,0 Mill. t SKE aus Dritt-länderkohle gedeckt wurde. Um den Kohlenverbrauch der Stahl-industrie hundertprozentig zu erfassen, müßte man auch die sog. Fabrikationskohle hinzurechnen, deren Verbrauch bei etwa 2 Mill. t liegt. Für die Bundesrepublik lauten die Zahlen: Koksverbrauch 1965 insgesamt 26,9 Mill. t SKE, davon 26,7 Mill. t aus einheimischer Förderung und 0,2 Mill. t SKE aus Drittländerkohle. Für diese Berechnungen wurde der Einsatz der Zechen-, der Hütten- und der unabhängigen Kokereien berücksichtigt. Was den Absatz von Gemeinschaftskohle an die Hüttenwerke in der Zukunft anbelangt, so muß ich wiederholen, was ich eben sagte: Der Anteil der EGKS-

Kohle am Energieverbrauch der Stahlindustrie kann kaum mit Sicherheit vorausgeschätzt werden, sondern nur der Koksverbrauch, wobei offenbleibt, aus welchen Quellen er gedeckt werden wird; wir rechnen für 1970 mit etwa 50 Mill. t SKE und mit der gleichen Größenordnung auch für 1980, weil eine weitere Verringerung des spezifischen Koksverbrauchs in den Hochofen wahrscheinlich ist und den Mehrbedarf für eine höhere Roheisenerzeugung kompensiert.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Ein dritter Nachfragebereich ist die übrige Industrie.

**HELLWIG:** Die übrige Industrie befindet sich zum Teil in der Entwicklung, die auch für die Kraftwerke gilt. Ein Teil des Absatzes an diese übrige Industrie ist ja der Absatz an die thermischen Kraftwerke, die die Industrie als eigene Kraftwerke betreibt. Was sonst in der übrigen Industrie verbraucht wird, ist der Brenn- und Heizstoff, der weitgehend durch Öl ersetzt wird. Hier ist schon jetzt zu sagen, das verschiedene Sektoren, die klassische Verbraucher von Steinkohle waren, völlig ausfallen. Ich denke an die Gaswerke. Die Eisenbahnen sind in einigen Ländern als Verbraucher von Steinkohle schon völlig verschwunden. Hier ist die Elektrifizierung oder die Verdieselung die neue Betriebsform. Diese Entwicklungen sind unausweichlich. Wir sehen also eine langfristige Absatzsicherung im Bereich des gesamten industriellen Verbrauchs außerhalb der Stahlindustrie nur dort, wo Elektrizität erzeugt wird. In anderen Bereichen wird weitgehend eine Verdrängung erwartet.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wird sich die Nachfrage im Hausbrandbereich für die Steinkohle auch negativ entwickeln?

**HELLWIG:** Bis vor zwei Jahren stagnierte der Hausbrandabsatz. Seither aber ist eine gewisse Satturierung festzustellen, und jetzt ist der Einbruch von Öl und vor allem von Gas deutlich zu spüren. Gas spielt für die Niederlan-

de eine ganz besondere Rolle. Der Substitutionsprozeß im Hausbrandsektor hat also eingesetzt. Er wird aber nicht so stürmisch vor sich gehen, wie das beim industriellen Verbrauch der Fall war, weil die Investitionskosten des privaten Verbrauchers ein Hemmnis darstellen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wieviel Steinkohle der Gemeinschaft ist im Bereich der „übrigen Industrie“ und wieviel im Hausbrandbereich in der EGKS und in der BRD 1965, 1966 abgesetzt worden? Welche Absatzmengen erwarten Sie 1970 und 1980?

**HELLWIG:** Der Verbrauchsbereich „übrige Industrie“ hat 1965 und 1966 32,6 bzw. 27,7 Mill. t feste Brennstoffe (t = t), und zwar in Form von Steinkohle, Steinkohlenbriketts und Steinkohlenkoks aufgenommen. Wiedermum ist eine genaue Aussage über den Anteil der Gemeinschaftskohle oder der aus dritten Ländern stammenden Kohle nicht möglich. An die Haushalte wurden in den beiden letzten Jahren 53,4 bzw. 52,2 Mill. t SKE feste Brennstoffe (ohne Braunkohlenbriketts) geliefert.

Die Unsicherheit über das Verhalten gerade dieser beiden Verbrauchsbereiche „übrige Industrie“ und „Haushalte“ hinsichtlich ihrer Wahl zwischen den verfügbaren Energieträgern in der Zukunft ist derat groß, daß sich eine einigermaßen gesicherte Aussage für 1970 und 1980 derzeit nicht machen läßt.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Die Gemeinschaftskohle steht auch mit US-Kohle in Wettbewerb.

**HELLWIG:** Die Verschlechterung der Absatzaussichten der Gemeinschaftskohle wird — das ist ein Faktum relativ jungen Datums — heute nicht mehr nur durch die Verdrängung durch Öl und Gas hervorgerufen, sondern auch durch die Tatsache, daß die Gemeinschaftskohle teurer ist als die Importkohle aus dritten Ländern. Wir wußten, daß im Bereich der Industrie- und Kesselkohle die Drittländerkohle vor allem aus den USA, aber auch aus Großbritannien, zu Preisen an die europäi-

schen Küsten kam, die bereits unter den Preisen vergleichbarer Sorten der Gemeinschaft lagen. Für Industrie- und Kesselkohle haben wir schon 1962 einen Preisvorsprung der Importkohle um etwa 2 \$ erwartet. Aber wir hatten damals nicht vorausgesehen, daß ein solcher Preisvorsprung auch auf dem Gebiet der Kokskohle eintreten würde. Seit etwa zwei, drei Jahren kommt die amerikanische Kohle im Schnitt um 3 bis 3,5 \$ je t billiger an den europäischen Küsten an, als die europäische Gemeinschaftskohle dort zu beziehen ist. Es kann noch erheblich größere Preisunterschiede geben, wenn bei der Gemeinschaftskohle hohe Transportkosten zu bestimmten Verbrauchsorten hinzukommen, zum Beispiel in Küstennähe Italiens oder Frankreichs. Der Preisvorsprung der amerikanischen Kohle resultiert einmal aus der stärkeren Steigerung der Arbeitskosten in Europa (vor allem der Bundesrepublik) als in den USA, wo die AbZeche-Preise konstant blieben. Eine weitere Verschiebung aber verursachten die Erfolge, die die amerikanischen Kohlelieferanten im Transportsektor erzielten. Innerhalb von wenigen Jahren sind die Seefrachten für die Kokskohle oder überhaupt für die Kohle um etwa 1,5 \$ je t gefallen. Die Amerikaner haben aber auch die Eisenbahnfracht von den Zechen zum Hafen noch um etwa 1 bis 1,5 \$ gesenkt, so daß selbst bei gleichbleibenden Gesteungskosten ein Kostenvorsprung für amerikanische Kohle

cif europäische Häfen um etwa 3 bis 3,5 \$ eingetreten ist.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wie verhalten sich die Gemeinschaftsländer gegenüber der billigen US-Kohle? Verhindern sie den Import?

**HELLWIG:** Einige Länder der Gemeinschaft lehnen es ab, teure Gemeinschaftskohle zu nehmen, wenn sie Importkohle billiger kaufen können. Die Italiener haben sich völlig auf Importkohle umgestellt, die Niederländer sind auf dem besten Wege dazu, Belgien ist auf dem Wege dazu, Frankreich hat seine Importe aus dritten Ländern erhöht. Die Bundesrepublik hält bisher als einziges Land an der fixierten Menge fest, die zollfrei hereinkommen kann, und bleibt bei ihrem System des prohibitiven Kohlenzolls.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Die Substitution der Kohle durch jüngere Primärenergieträger, von der Sie am Anfang sprachen, bedeutet ja wohl, daß die gesamte Kohlennachfrage sich nicht proportional zum Gesamtenergiebedarf entwickelt. Welche Kohlenmengen werden noch abgesetzt werden können?

**HELLWIG:** Ich glaube nicht, daß die Kohlennachfrage im Maße des gesamten Energieverbrauchs steigen wird. Für die nächsten Jahre müssen wir damit rechnen, daß ein nicht unerheblicher Absatzrückgang bei der Gemeinschaftskohle eintritt, wenn die Einfuhr nicht zurückgenommen werden

wird. Wir hatten den Regierungen vor einem Jahr vorgetragen, daß bei Aufrechterhaltung des status quo der Hilfen für die Kohle nur mit einem Absatz von knapp 170 Mill. t Gemeinschaftskohle gerechnet werden könne und daß eine derartige Verringerung der Förderung natürlich eine beschleunigte Stilllegung mit erheblichen regionalen und sozialen Schwierigkeiten nach sich ziehe. Wir haben den Regierungen ferner vorgeschlagen, doch zu prüfen, ob die Kohlenabsatzförderung nicht so eingesetzt werden könne, daß 1970 noch eine Förderung von 190 Mill. t gehalten werden kann. Der Anteil der Bundesrepublik an den 190 Mill. t Steinkohle belief sich auf etwa 120 Mill. t. Das ist im März vorigen Jahres gewesen. Schon jetzt müssen wir sagen, daß die Förderung von 190 Mill. t im Jahre 1970, d. h. 120 Mill. t in der BRD, nicht zu halten sein wird. Denn der Aufwand finanzieller Mittel zur Aufrechterhaltung dieser Förderung stößt allmählich an budgetmäßige Grenzen. Mit den fortschreitenden Stilllegungen wird eine sehr beträchtliche Steigerung der öffentlichen Zuschüsse zur Sozialversicherung nötig werden. Die Zahl der Beitragszahler geht mit den Stilllegungen rapide zurück, die Zahl der Rentempfänger in der bergmännischen Sozialversicherung steigt dagegen an. Arbeitskräfte über 55 sind ja kaum noch anderweitig zu beschäftigen, und die Verringerung des Drucks auf dem Arbeitsmarkt wird mit der vorzeitigen Pensionierung herbei-

## Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

**löst auch Ihr Transportproblem**

Unabhängig vom Wetter und zur Zufriedenheit ihrer Kunden befördert die DB die ihr anvertrauten Güter u. a.

- in modernen Güterwagen
- in Großbehältern
- auf Paletten
- im Güterkraftverkehr
- in Transcontainern

Darum  - Transport Ihr Vorteil

geführt. Mit anderen Worten: Je stärker und schneller die Stilllegungsaktionen durchgeführt werden, um so stärker wird die Belastung der Sozialversicherung steigen. Damit werden aber die öffentlichen Haushalte sehr schnell an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit kommen, und sie werden vor der Frage stehen: Können wir außer den Zuschüssen zur Sozialversicherung noch Subventionen für die Aufrechterhaltung der Förderung finanzieren? Die Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen wird immer den Vorrang vor der Aufrechterhaltung einer nicht mehr wettbewerbsfähigen Förderung haben.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Gegen Zechenstilllegungen in der Bundesrepublik wird von deutscher Seite immer wieder eingewandt, daß es in anderen Gemeinschaftsländern, zum Beispiel in Belgien, Gruben gebe, die eine geringere Leistungsfähigkeit aufwiesen als die stillzulegenden deutschen Gruben. Gibt es objektive Kriterien für eine gemeinschaftliche Stilllegung einer Zeche?

**HELLWIG:** Es gibt keine objektiven Kriterien, zumindest nicht ein einziges. Wenn man diese Klage hört, die sehr häufig in der Bundesrepublik erhoben wird, dann denkt man an die Schichtleistung. Wenn die durchschnittliche Schichtleistung in Deutschland im Augenblick bei 3300 kg liegt, dann sagt man, daß in anderen Ländern der Gemeinschaft Gruben weiter arbeiten, die eine Schichtleistung von nur 1400 kg haben. In Wirklichkeit deuten diese Zahlen schon an, daß das Kriterium Schichtleistung nicht ausreicht. Mit einer hervorragenden Schichtleistung kann Kohle gefördert werden, die der Markt nicht abnimmt, und Sie können mit einer geringen Schichtleistung Kohle fördern, die der Markt abnimmt. Zechen, die Anthrazit und Magerkohle für den Hausbrand im örtlichen Absatzmarkt fördern — wie es in Belgien noch vielfach der Fall ist —, kann man einfach nicht mit einer Zeche etwa des Ruhrgebietes vergleichen, die nur gängige Sorten von Industrie- und Kesselkohle fördert. Wichtig ist auch die Lage zum Abnehmer. Man wird mit re-

lativ geringer Schichtleistung immer örtliche Abnehmerkreise haben, für die sich der Kohlenpreis infolge der Frachtkostenersparnis günstig stellt. Die Behauptung, daß bessere deutsche Zechen stillgelegt werden müssen, während schlechtere belgische weiterarbeiten, läßt sich also nicht auf die Schichtleistung gründen. Ist es nun überhaupt richtig, daß die deutschen Zechen bei der Stilllegung benachteiligt werden? Hat man in der Bundesrepublik wirklich einen verhältnismäßig größeren Teil der zu Beginn der Kohlenkrise existierenden Förderkapazität und der Fördermenge stilllegen müssen? Das trifft einfach nicht zu. In Belgien ist die Förderung von 1957 bis 1966 um 40% zurückgenommen worden, in Frankreich um 11%, in den Niederlanden um 11,5%, in der Bundesrepublik um 16%. Die sog. technische Förderkapazität aber, die einsatzfähigen Anlagen also, sind in Belgien um 36% zurückgenommen worden, in Frankreich um 12%, in den Niederlanden um 12,5% und in der Bundesrepublik um nur 6,5%. Man hat folglich die Kapazität nicht in dem Maße zurückgenommen, das dem Förderrückgang entsprochen haben würde, mit dem Ergebnis, daß im Ruhrgebiet und in der Bundesrepublik allgemein heute auch gute Zechen die Kapazität nicht optimal ausnutzen können, weil an der Gesamtabsatzmenge zu viele schlechte Zechen beteiligt sind. In absoluten Zahlen beträgt die von 1957 bis 1966 stillgelegte Gesamtkapazität in der Bundesrepublik 38,3 Mill. t, die technische Förderkapazität dagegen ist nur um 10,6 Mill. t zurückgegangen. Was wir in den letzten Jahren als Stilllegung erlebten, war also zu einem großen Teil unausweichliche Rationalisierung. Die Stilllegungen dienten nicht einer echten Zurücknahme der Kapazität, sondern nur einer Verlagerung von schlechten auf bessere Zechen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wie wird, Herr Dr. Hellwig, die voraussichtliche Entwicklung für die europäische Kohle im Verhältnis zu den anderen Primärenergieträgern weiter verlaufen?

**HELLWIG:** Wir sehen noch nicht, daß die auseinanderlaufende Schere

zwischen Arbeitskosten und Preisentwicklung der Gemeinschaftskohle auf der einen Seite und Preisen der Konkurrenzenergien Öl und Gas auf der anderen Seite sich schließen wird. Wir haben vielmehr den Eindruck, daß diese Schere sich nach wie vor zu Lasten der Gemeinschaftskohle vergrößert und deren Wettbewerbsnachteile erhöht.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Der Kohlenbergbau wirft den Ölfirmen in der Bundesrepublik vor, daß sie einen Verdrängungswettbewerb treiben und mit ihrer Niedrigpreispolitik also das Ziel verfolgen, die Kohle aus dem Markt zu drängen. Was ist an diesem Argument richtig?

**HELLWIG:** Diesem Argument kann man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Die Bundesrepublik ist zweifellos der größte Energiemarkt in den europäischen Ländern und bietet durch den außerordentlich hohen Anteil, den hier die Steinkohle hatte, für andere Energieträger zusätzliche Chancen. Daß es in einer solchen Situation dann zu schärfstem Wettbewerb zwischen Öl, Gas usw. kommt, versteht sich von selbst. Aber wir haben folgende Beobachtung gemacht: Das Preisniveau der Erdöl-Derivate innerhalb der Gemeinschaft hat in den letzten Jahren eine gewisse Angleichung erfahren. Die Unterschiede von Land zu Land sind längst nicht mehr so groß, wie das noch vor einigen Jahren der Fall war, als die Bundesrepublik ein besonders niedriges Preisniveau verzeichnete. Das liegt zum Teil aber auch daran, daß der Erdölmarkt in der BRD nicht der Zwangsaufsicht unterliegt wie in anderen Ländern der Gemeinschaft. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Wort über die deutsche Energiewirtschaftspolitik sagen. Wir haben in der Bundesrepublik nach meinem Eindruck bisher gar keine so schlechte Energiewirtschaftspolitik. Man kritisiert immer die fehlende Systematik der deutschen Energiewirtschaftspolitik. Immerhin ist es mit diesem — ich gebe zu — sehr buntscheckigen Bild verschiedenster Formen der Beihilfen und Interventionen von 1960 bis 1965 gelungen, der Steinkohle eine För-

derung von über 140 Mill. t zu ermöglichen, ohne daß diese Fördermenge fixiert worden wäre. Allerdings mußte dabei teilweise auf Halde gearbeitet werden.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Herr Dr. Hellwig, zu den Hauptzielen des Montanvertrages gehört die Sicherheit der Versorgung. Das Sicherheitsargument wird vom Bergbau immer wieder hervorgehoben, wenn es darum geht, eine langfristige Existenzfähigkeit der Kohle nachzuweisen. Welche Bedeutung hat das Argument der Sicherheit der Versorgung?

**HELLWIG:** Der Montanvertrag ist in einer Zeit entstanden, in der man eine langfristige Mangellage erwartete. Er organisierte den Schutz der Verbraucher und den Zugang aller Verbraucher zur Kohle der Gemeinschaft, insbesondere an die qualitativ und preislich besonders interessante deutsche Kohle. Bei der heutigen Marktlage würde der Vertrag wahrscheinlich wesentlich anders aussehen. Die entscheidende Lücke des Montanvertrages besteht darin, daß er die Regierungen nicht zu gemeinsamer Handelspolitik, zu gemeinsamer Einfuhrpolitik verpflichtet. Was für den Gemeinsamen Markt selbstverständlich war — die Entwicklung eines gemeinsamen Außentarifs —, gibt es im Montan-Sektor nicht. Wir haben diese Lücke des Montanvertrages im Eisen- und Stahlsektor nur mit Sondermaßnahmen der Hohen Behörde, die eine Zollvereinheitlichung herbeiführten, schließen können. Für die Kohle aber sind die Regierungen bisher nicht bereit, eine Verpflichtung zu gemeinsamer Einfuhrpolitik einzugehen. Der Vertrag verlangt es nicht von ihnen. Nun sind Sicherheitsüberlegungen auch heute von Bedeutung. Die Vorlage zur Kohlepolitik, die wir dem Ministerrat vor einem Jahr unterbreiteten und in der es um die Aufrechterhaltung einer Förderung von 190 Mill. t für 1970 ging, haben wir nicht nur mit den regionalen und sozialen Konsequenzen des zu schnellen Rückzugs begründet, sondern wir haben auch die Sicherheitsüberlegungen eingeschlossen. Denn mit einer Kohlenförderung von 190

Mill. t würde bis 1970 das Verhältnis der Gemeinschaftsenergie zur Importenergie noch nicht wesentlich verändert werden. Die Sicherheit kann natürlich nicht mehr nur von der Steinkohle ausgehen, sondern sie muß auch die weitere Entwicklung der Wasserkraft, des Erdgases und der eigenen Ölgewinnung in der Gemeinschaft mit sehen. Immerhin würde mit der Kohlenförderung von 190 Mill. t, bei gleichzeitigem Zuwachs anderer Gemeinschaftsenergien, das Verhältnis Gemeinschaftsenergie zu Importenergie ungefähr auf dem Status quo verbleiben, d. h. es würde knapp die Hälfte des Energiebedarfs durch Gemeinschaftsenergie gedeckt werden.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Der Bergbau behauptet, daß die Energienachfrage von 1980 an erheblich steigen werde, so erheblich, daß eine Energielücke zu entstehen drohe. Besteht diese Gefahr wirklich, und ist man dann wieder auf die Steinkohle angewiesen?

**HELLWIG:** Eines, glaube ich, wird man nicht bestreiten können: daß — wenn keine anderen neuen Energiequellen entdeckt werden — das Ölangebot dieses Wachstum nicht beliebig mitmachen kann. Die Nachfrage nach Treibstoffen auf Ölbasis wird auch außerordentlich groß sein, so daß die Verarbeitung von Öl zu Treibstoffen, bezogen auf den Rohöleinsatz, wahrscheinlich einen größeren Umfang einnehmen wird, als es zur Zeit der Fall ist. Die Industrialisierung und Motorisierung der Welt kann durchaus dazu führen, daß statt der Raffinerieverfahren, die 50 % Treibstoff und 50 % Heizöl liefern, solche Verfahren angewandt werden, die bis zu 80 % Treibstoff erbringen. Voraussetzung für eine solche Verknappung der Energie ist aber, daß in der Zwischenzeit keine anderen Energiequellen auftreten. Und hier liegen die großen Unbekannten; denn was wir in den letzten Jahren bei der Suche nach Gas an Überraschungen erlebt haben, läßt erkennen, daß wir erst am Anfang einer enormen Entwicklung stehen. Schließlich kommt die Kernkraft hinzu. Ich glaube,

daß das Sicherheitsproblem von den Regierungen richtig gesehen worden ist, als in der Suezkrise 1956 die große Einfuhrabhängigkeit auf dem Ölsektor deutlich wurde. Das sog. Gutachten der drei Weisen, welches die langfristige Energieversorgung unter dem Sicherheitsaspekt studierte, kam ja doch zu dem Ergebnis, daß die Einfuhrabhängigkeit der Gemeinschaft in jedem Falle wachsen werde. Daß sie so stark wachsen würde wie in den letzten 10 Jahren, war noch nicht vorzusehen. Aber richtig vorausgesehen wurde, daß das Problem der Einfuhrücke eine Gemeinschaftspolitik im Interesse der Sicherheit notwendig macht. Als Lösung des langfristigen Sicherheitsproblems wurde die gemeinschaftliche Entwicklung der Kernenergie vorgeschlagen. Und an dieser Grundorientierung hat sich auch nichts geändert. Im Gegenteil, die Kernenergie wird schneller wirtschaftlich zur Verfügung stehen, als es 1957 bei Aushandlung des Vertrages erwartet wurde. Die Beschleunigung der Indienstellung von Kernkraftwerken ist in den USA schon sehr deutlich. Ungelöst ist im Augenblick noch die Sicherheit der Belieferung mit Kernbrennstoff. Dieses Problem würde mit dem sog. „schnellen Brüter“ gelöst, der den verbrauchten Kernbrennstoff beliebig „auffrischen“ könnte. Die Techniker sind fest davon überzeugt, daß diese Lösung gelingen wird. Welche Bedeutung die Aufrechterhaltung einer nicht wettbewerbsfähigen Kohlenförderung aus Sicherheitsgründen erreichen könnte, läßt sich indirekt aus einer Berechnung des RWE ablesen, die sich mit den Kosten der Ersetzung derjenigen Steinkohlenmenge beschäftigt, die im Jahre 1980 voraussichtlich zur Stromerzeugung in der Bundesrepublik herangezogen wird. Danach würde bei gleichbleibenden Kohlenpreisen die Ersetzung dieser Steinkohlenmenge durch Kernbrennstoff eine jährliche Ersparnis mit sich bringen, die einem Kernbrennstoffvorrat zwischen 9 und 2 Jahren entspräche (je nachdem, ob der Preis für Urankonzentrat gleichbleibt oder bis aufs Vierfache steigt).

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Das Sicherheitsargument kann also keine Rechtfertigung für eine sektorale Protektionspolitik sein?

**HELLWIG:** Nein, diese absolute Übersteigerung des Sicherheitsmomentes findet zweifellos ein Ende in der Kostenfrage. Wenn beim Bergbau mit scharfem Bleistift gerechnet würde, dann ergäben sich unter Umständen auch ganz andere Lösungen. Ich habe wiederholt die Frage gestellt: Warum wird das technische Problem, Kapazitäten stillzulegen, ohne sie zu vernichten, das ja auch ein Kostenproblem ist, nicht angepackt? Der Bergmann sagt, daß das technisch jederzeit möglich ist. Nur die Kosten der Wiederinbetriebnahme sind sehr hoch. Man müßte dazu die Kosten der vorübergehenden Stilllegung und der Wiederinbetriebnahme vergleichen mit dem Subventionsaufwand für eine nicht verkäufliche Förderung.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Das wäre aber eine Rechnung, die für kurzfristige Notfälle, nicht jedoch für eine langfristige Energielücke, die nach 1980 auftreten könnte, von Bedeutung ist?

**HELLWIG:** Ich möchte hier nicht einmal zwischen kurz- und langfristig unterscheiden. Wir haben in einigen Ländern der Gemeinschaft gewisse Erfahrungen mit der Wiederinbetriebnahme von früher stillgelegten Schachtanlagen. Diese Erfahrungen sollten technisch und kostenmäßig ausgewertet werden. Eine größere Untersuchung ist gerade jetzt in der Bundesrepublik erschienen. Solche Erfahrungen sind in Nordfrankreich nach dem ersten Weltkrieg gemacht worden, wo es beinahe zehn Jahre dauerte, die stillgelegten Gruben wieder in Betrieb zu nehmen. Wenn die Kohlennachfrage nach 1980 so stark sein sollte, wie gelegentlich behauptet wird, dann müßte eigentlich eine technisch-wirtschaftliche Lösung gefunden werden, zu der wir die Techniker in allen Mitgliedsländern seit langem auffordern.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Das Argument der kurz- und langfristigen Sicherheit spielt in der deutschen

Kohlepolitik eine große Rolle. Lassen sich die verschiedenen Maßnahmen, die in der Bundesrepublik getroffen werden, mit der Sicherheit begründen, oder sind sie schon überdimensioniert?

**HELLWIG:** Wo wollen Sie bei politischen Entscheidungen dieser Art die Grenze ziehen, was gerechtfertigt ist und was nicht. Ich glaube, man soll die Frage anders stellen. Bewirken die Maßnahmen verschiedenster Art das ökonomisch Notwendige im Bereich der Kohle selbst? Wenn nämlich die Kohle aus Gründen der Sicherheit Kostgänger der Allgemeinheit ist, dann muß die Garantie gegeben sein, daß auch wirklich nur die optimalen Betriebe gehalten werden. Nur so wird der Einsatz öffentlicher Mittel ökonomisch vernünftig begrenzt werden können. Und er könnte nach meinem Eindruck vermindert werden. Ich bin davon überzeugt, daß eine Reihe von Kohlengruben bei den Produktionskosten und damit auch in der Preispolitik noch einen Spielraum hätten, wenn sie ihre Kapazität voll ausnutzen könnten.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Die Frage ist dann allerdings, wie die besten Zechen ermittelt werden können.

**HELLWIG:** Das könnte ja zunächst einmal durch die Verständigung der Bergwerksunternehmer selbst erfolgen. Aber neben der Frage der Auslese muß auch noch die Schaffung optimaler Einheiten gesehen werden. Ich verstehe nie, daß man sagt, eine Zusammenlegung der Felder (auch nach Kohlenqualität) der einzelnen Schachtanlagen zu optimalen Betriebsgrößen lohne sich nicht. Die Laien überschätzen, so sagt man, die Einsparungsmöglichkeiten, wenn sie mit 2 bis 3 DM je t rechnen. Von Bergbauseite hat man schließlich gesagt, es würden durch eine umfassende Umlegungsaktion nicht mehr als 70 Pf je t eingespart werden können. Nun frage ich mich immer: Würde ein modernes Warenhaus darauf verzichten, einen Kostenvorsprung von 1% — denn die 70 Pf bedeuten mehr als 1% — auszunutzen? Wir sehen hier, daß mit spitzen Bleistift gerechnet wer-

den müßte, wenn der Einsatz der finanziellen Mittel des Staates auch wirklich zu einem Optimum führen soll. Die Frage bleibt natürlich, wie man zu einer Steuerung dieses Ausleseprozesses kommen kann. Es wird an eine Einheitsgesellschaft gedacht, es wird an eine Zusammenfassung in drei oder vier Gruppen gedacht. Es geht nicht um die Sozialisierung, sondern um die rein wirtschaftliche Frage: Ist bei einer Reduzierung der Kapazität von jetzt 120 Mill. t auf 90 Mill. t im Jahre 1970 noch genügend Raum für vier oder fünf Gesellschaften, die sich als Ergebnis einer gewissen Zusammenlegung herausbilden würden? Oder ist mit nur 90 Mill. t Förderung nicht jede einzelne dieser fünf Gesellschaften wieder so klein, daß der Rationalisierungseffekt nicht erzielt würde? Es gibt Stimmen, die behaupten, daß eine Förderung in der Größenordnung von 90, 80 oder 70 Mill. t in einer Gesellschaft zusammengefaßt werden müßte, um sie wirklich optimal zu gestalten.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Die Bergbauunternehmen versuchen in der Bundesrepublik, von der Regierung die Zusage zu erhalten, eine bestimmte Fördermenge werde wirtschaftspolitisch gestützt. Halten Sie die Nennung einer solchen Förderzahl für zweckmäßig?

**HELLWIG:** Die Erfahrung, die mit der Nennung der Förderziffer von 140 Mill. t gemacht worden ist, ist schlecht. Die frühere Bundesregierung hatte gesagt: Wir werden die verschiedenen wirtschaftspolitischen Mittel so einsetzen, daß eine Förderung von ungefähr 140 Mill. t gehalten werden kann. Der damalige Wirtschaftsminister versicherte, daß man mit dem Bergbau darüber einig sei, daß die 140 Mill. t nur ein Mittelwert seien. Eine Über- oder Unterschreitung je nach der Marktlage war vom Bergbau zugesagt worden, und zwar sprach man von  $\pm 5\%$ . Nun, von den  $\pm 5\%$  haben wir in den zwei Jahren, in denen ungewöhnlich milde Winter herrschten, nichts verspürt. Es sind immer 140 Mill. t und mehr gefördert worden, obwohl die Ab-

satzlage eine Zurücknahme der Förderung um 5 % erfordert hätte. Die Kohle hat in diesen Jahren große Halden bilden müssen. Da das Gewicht der Halden zusätzlich auf den Markt drückte, verschlechterte sich die Gesamtsituation weiter. Auch die Finanzkraft der Unternehmen wurde natürlich außerordentlich geschwächt.

Wir haben es als Hohe Behörde immer abgelehnt, eine solche Zahl zu akzeptieren und den Unternehmen eine solche Zahl zu geben. Auch alle Appelle an den sog. Krisenartikel des Montanvertrages, der eine Produktionsquoten-Regelung vorsieht, haben wir mit der Begründung abgelehnt, eine schematische Produktionsregelung dieser Art lähme den Ausleseprozeß. Aus diesem Grunde sind wir also keine Freunde einer solchen Zahl. Anders ist natürlich die Verbindung einer gewissen Fördermenge mit dem Finanzaufwand, der von den Regierungen beschlossen werden muß, zu beurteilen. Wir haben das Beispiel in der

Kokskohlen-Regelung gegeben. Der Finanzaufwand, den die Gemeinschaft auf diesem Gebiete leistet, soll den Betrag von 22 Mill. \$ nicht übersteigen. Bezogen auf eine gewisse Preisbasis und ins Verhältnis gesetzt zu den Beträgen, die pro Tonne eingesetzt werden, ergibt sich natürlich eine gewisse Quantität der Produktion, die in den Genuß einer solchen Maßnahme kommen kann. Das kann auch für die Absatzsicherung bei den Kraftwerken geschehen. Aber das ist etwas anderes als die vorher genannte Förderzahl. Für diese Mengen ist der Staat bereit, durch Bereitstellung der Subventionen einen bestimmten Preis zu garantieren.

Wenn der Bergbau darüber hinaus produziert, ist nicht der Staat im Obligo. Prof. Schiller hat, so glaube ich, Überlegungen in dieser Richtung angestellt. Er sprach von etwa 40 Mill. t Absatzsicherung im Bereich der thermischen Kraftwerke und einer etwa gleich großen Menge bei der Eisen- und

Stahlindustrie, so daß er damit auf den Sockel von etwa 80 Mill. t Absatzsicherung kam. Dazu kommt noch, was im sog. Hausbrandsektor auf absehbare Zeit abgesetzt werden kann.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Die in der Bundesrepublik beschlossene Absatzsicherung der Kohle im Kraftwerksbereich werde, so wird von manchen Seiten argumentiert, die Weiterentwicklung der Kernkraftwerke hinauszögern und den technischen Fortschritt hemmen. Besteht diese Gefahr?

**HELLWIG:** Ich glaube, daß die Befürchtung im Augenblick etwas übertrieben ist. Der größte Betrag nämlich, der für den Bergbau im Augenblick aufgebracht werden muß und der noch weiter wächst, geht an die Sozialversicherung. Das Verhältnis der Beihilfen im Sozialbereich zu den sonstigen Beihilfen — die also den Absatz sichern — war 1966 wie folgt: 2,3 Mrd. DM Beihilfen im Sozialbereich und 306 Mill. DM Beihilfen im Absatzbereich.

## *Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus*

**D**ie bereits 10 Jahre dauernde Krise im bundesdeutschen Steinkohlenbergbau soll nunmehr in 3½ bis 4 Jahren überwunden werden. Bundeswirtschaftsminister Schiller will nach einer Vorbereitungsphase (bis Ende 1967) die Förderkapazität verstärkt zurückführen und die Unternehmensstruktur in Richtung auf optimale Unternehmenseinheiten neu ordnen (Anpassungsphase Ende 1967 bis Anfang 1969), um nach der erreichten Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Steinkohle (Stabilisierungsphase 1969/1970) die Heizölsteuer und jene Schutzmaßnahmen, die in der Anpassungsphase zugunsten des Steinkohlenbergbaus ergriffen worden sind, wieder abbauen zu können. Das erste Ziel dieses energiepolitischen Programms, das die Eingliederung der Kohle in den Markt und damit eine möglichst billige Energieversorgung bezweckt, ist also eine beträchtliche Verminderung der Steinkohlenförderung. Dabei erscheint Professor Schiller eine marktmäßige Anpassung der Kohlenförderung an die Nachfrage offenbar nicht möglich, weil auf diesem Wege eine zu drastische Verminderung der Förderung — die aus sozialen Gründen nicht tragbar erscheint — einträte. Denn einmal wird in der Vorbereitungsphase eine Reihe von Maßnahmen in die Tat umgesetzt oder neu getroffen, die in einigen Nachfragebereichen eine Stabilisierung oder gar Erhöhung des Kohleabsatzes bewirken soll. Es sind dies

- das Anlaufen des 2. Verstromungsgesetzes, das (zusammen mit dem 1. Verstromungsgesetz) durch

Steuervergünstigungen beim Bau von Steinkohlenkraftwerken und durch Subventionierung der Kohle sowie Begrenzung des Öleinsatzes zur Stromerzeugung den Anteil der Steinkohle an der Elektrizitätserzeugung bis 1970 bei annähernd 50 % halten soll;

- der freiwillige (und bereits zugesagte) Kohlenmehrverbrauch der Elektrizitätswirtschaft durch Abnahme zusätzlichen Steinkohlenstromes von den Zechenkraftwerken zum Brennstoffkostenpreis, durch Mehreinsatz von Steinkohle zu Lasten jener Menge an Heizöl, die die Kraftwerke gemäß dem 2. Verstromungsgesetz verwenden dürfen (bei Ausgleich der Mehrkosten je zur Hälfte durch Preiszugeständnisse des Steinkohlenbergbaus und durch Zuschüsse der öffentlichen Hand), und durch Aufstockung der Kohlenvorräte bei den Kraftwerken;
- das Inkraftsetzen der Gemeinschaftslösung für Kokskohle und Koks, die gemäß dem Beschluß des Ministerrates der Montanunion vom 16. 2. 1967 den Mitgliedstaaten eine Subventionierung der Kokskohle in Höhe von durchschnittlich 6,80 DM je t erlaubt, um die Preise der Gemeinschaftskohle an die Preise der Drittlandskohle anzunähern und so eine Stabilisierung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle im Stahlbereich zu erreichen;

- die Verschärfung der Selbstbeschränkung bei der Mineralölindustrie (vorgesehene Selbstbeschränkungsquoten für 1967: 3 % Zuwachs für schweres Heizöl und 4 % für Mitteldestillate, d. h. leichtes Heizöl und Dieselmotortreibstoff) und eine verstärkte verwaltungsmäßige Kontrolle der Einhaltung der Selbstbeschränkung durch die einzelnen Firmen. Dabei wird das Kontrollverfahren, das bislang nur für die Einfuhr von Mineralölprodukten galt, auf Rohöle ausgedehnt.

Bei der Hohen Behörde der Montanunion ist beantragt worden, die „manifeste Krise“ gem. Artikel 58 des Montanvertrages zu erklären. Danach könnte die Hohe Behörde ein System der Erzeugungsquoten festlegen sowie über Artikel 74 MUV Maßnahmen der Mitgliedstaaten gegenüber der Einfuhr aus dritten Ländern empfehlen. Die beiden Ruhrkohlenverkaufsgesellschaften sollen nach einer Umstellung der internen Bestimmungen des Syndikats über den Beschäftigungsanspruch der einzelnen Zechen zusammengefaßt werden. Diese Wiederherstellung des Einheitsverkaufs, zu der die Zustimmung der Hohen Behörde notwendig ist, würde eine organisatorische und absatzmäßige Straffung des Verkaufs von Ruhrkohle ermöglichen. Weitere, bereits bestehende Hilfsmaßnahmen sind Kontingentierung der Steinkohleneinfuhr aus dritten Ländern, Kohlenzoll, Heizölsteuer u. a. Darüber hinaus sollen in der Anpassungsphase notfalls auf einige Monate bis maximal auf 1½ Jahre befristete „flankierende Maßnahmen“ ergriffen werden, um einen geordneten Verlauf des Anpassungsprozesses zu sichern.

Auf der Basis dieser Abstützung des Kohleabsatzes soll die Kohlenförderung in der Anpassungsphase reduziert werden. Diese Ausrichtung der Produktionskapazität auf die Absatzmöglichkeiten des deutschen Steinkohlenbergbaus ist die erste Aufgabe des Bundesbeauftragten, der gemäß dem am 24. 5. 1967 vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete berufen werden soll.

Der Bundesbeauftragte prüft in Zusammenarbeit mit Vertretern der Energiewirtschaft und mit wirtschaftswissenschaftlichen Instituten die Absatzaussichten für die deutsche Steinkohle und kann den Bergbauunternehmen empfehlen, die Kapazität oder Förderung zu ermäßigen bzw. zu erhöhen. Die zu einer solchen Empfehlung benötigten Daten der Produktionsseite erhält der Bundesbeauftragte durch Meldungen der Unternehmen über Produktionskapazität, Zahl der Beschäftigten, Haldenbestand, Steinkohlenförderung, Erzeugung der Veredelungsbetriebe, Zahl der Feierschichten, Ergebnisse der Kostenträger- und Kostenstellenrechnung sowie über die Erlöse. Ferner müssen die Bergbauunternehmen dem Bundesbeauftragten die für das jeweils laufende und für das darauf folgende Kalenderjahr zu erwartende Entwicklung der genannten Daten melden.

Die von der gesamten deutschen Wirtschaft gegründete Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere

GmbH soll den Stilllegungsprozeß durch Stilllegungsprämien erleichtern.

Das zweite Ziel des energiepolitischen Programms, das der Bundesbeauftragte in der Anpassungsphase verwirklichen helfen soll, ist die Konzentration der Förderung auf die Steinkohlenwerke mit der günstigsten Kostenlage, d. h. zugleich Bildung optimaler Unternehmenseinheiten. Zum Zwecke der Konzentration werden Veräußerungen des Bergbauanlagevermögens und Stilllegungen steuerlich begünstigt, Umwandlungen gefördert, unterliegen Veräußerungen des Bergbauanlagevermögens, Umwandlungen und Verschmelzungen nicht der Gesellschaftsteuer und werden Bürgschaften zur Erleichterung der Finanzierung von Stilllegungen und von Maßnahmen der Unternehmenskonzentration bis zum Gesamthöchstbetrag von 500 Mill. DM gewährt, sofern die entsprechenden Transaktionen in der Zeit vom 30. 4. 1967 bis 1. 1. 1970 durchgeführt wurden. Notwendig ist immer eine Bescheinigung des Bundesbeauftragten im Zusammenwirken mit der Landesregierung darüber, daß eine Verbesserung der Unternehmensstruktur und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht oder eine Anpassung an die Absatzlage erleichtert wird. Weisen Bergbauunternehmen nach dem 1. 1. 1969 nicht die optimale Größe auf, so entfallen für sie die Stilllegungsprämien, die die Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere GmbH gewährt, Beihilfen für den Absatz von Koks- und Hochofenkoks gemäß Entscheidung der Hohen Behörde, steuerliche Maßnahmen bei Stilllegungen, Frachthilfen für Kohlentransporte und Kohlensubventionen nach dem 2. Verstromungsgesetz. Ob die optimale Unternehmensgröße erreicht ist, stellt der Bundesbeauftragte nach Kriterien fest, die der Bundeswirtschaftsminister durch Rechtsverordnung bestimmt.

Die energiepolitischen Maßnahmen der Verminderung der Kohlenförderung und der Bildung optimaler Unternehmenseinheiten werden ergänzt durch industriepolitische Maßnahmen, die die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Steinkohlenbergbaugebieten bezwecken. Die Errichtung oder Erweiterung von Industriebetrieben soll durch eine Investitionsprämie, die von der Einkommen- oder Körperschaftsteuer abgezogen werden kann, gefördert werden. Die Investitionsprämie kann bis zu 10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten abnutzbarer Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens betragen (Begünstigungszeitraum 30. 4. 1967 bis spätestens 1. 1. 1970). Außerdem ist zur Industrielandbeschaffung eine Enteignung vorgesehen.

Außerhalb des genannten Gesetzentwurfs geregelte strukturpolitische Maßnahmen sind die Bodenbeschaffung über die Aktionsgemeinschaft, Verminderung des Bergschadenrisikos für ansiedlungswillige Betriebe, Kredithilfen der Montanunion nach Artikel 56 MUV, Kreditmittel der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ERP-Mittel sowie Zinszuschüsse, Investitionszuschüsse und Arbeitsplatzzarlehen des Landes Nordrhein-Westfalen.

*Friedrich Ernst, Hamburg*